

N i e d e r s c h r i f t

**der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.04.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 20:32 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Uwe Heft	parteilos	Teilnahme 14:30 - 21:27 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:34 Uhr
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.	Teilnahme bis 21:24 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme bis 21:13 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme 15:08 - 21:42 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme bis 21:23 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 20:39 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Erik Schulze	NPD	

Herr Dr. Thomas Pohlack
Herr Egbert Geier
Herr Dr. Bernd Wiegand
Herr Tobias Kogge
Herr Wolfram Neumann

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordneter
Beigeordneter
Beigeordneter

Entschuldigt fehlen:

Herr Frank Sänger
Frau Hanna Haupt
Herr Manfred Schuster

CDU
SPD
DIE GRAUEN/Volkssolidarität

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Sigrid Kramm äußerte sich mit folgenden Fragen:

Wie ist der Stand der Entwicklung des Kurbades Wittekind?

Welche Baumaßnahmen sind in der Kleinen Brauhausstraße auf der entstehenden Freifläche geplant?

Anschließend machte **Frau Kramm** weitere Ausführungen zu beiden Themen. In Bezug auf das Kurbad Wittekind erklärte sie, dass dieses für die Stadt Halle von großer Bedeutung sei, da immer mehr Menschen an einer Erkrankung der Luftwege leiden. Beispielsweise könne hier für Kinder der Bergzoo einbezogen werden.

Hinsichtlich der Baumaßnahme in der Kleinen Brauhausstraße schlug **Frau Kramm** vor, die entstehende Freifläche nicht ausschließlich für Parkplätze zu bebauen, sondern auch die Natur in Form von Baumpflanzungen und Ähnlichem zu berücksichtigen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete auf die Frage zum Kurbad Wittekind, dass sie sich über die Bedeutung dessen bewusst sei. Allerdings werden Kuranwendungen dort nicht wieder stattfinden, da dies durch die Stadt nicht getragen werden könne und kein Betreiber dafür zu finden sei. Über den aktuellen Stand der weiteren Entwicklung des Areals Wittekind sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine schriftliche Information zu.

Bezüglich der Frage zur geplanten Nutzung der Freifläche in der Kleinen Brauhausstraße sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine schriftliche Beantwortung zu. Den Vorschlag, dort Baumpflanzungen vorzunehmen, werde sie als Anregung aufnehmen.

Herr Dr. Joachim Zwanzig äußerte sich als Sprecher der Bürgerinitiative „Bürger für Kröllwitz“ zur Ansiedlung der Pyrolyx GmbH im Trothaer Hafen mit folgenden Fragen:

Warum hat die Stadt Halle die Genehmigung zum Bau der Pyrolyseanlage ohne Bürgerbeteiligung bzw. Bürgerinformation durchgeführt?

Warum wurden die Beschwerden von über 150 Bürgern an die Stadt Halle zum beabsichtigten Bau der Pyrolyseanlage bis zum heutigen Tag nicht beantwortet?

Welchem Status sind das Trothaer Hafengebiet, das Wohngebiet Kröllwitz und das Grünlandgebiet im Norden von Halle nach dem neuesten Bebauungsplan der Stadt Halle zugeordnet?

Welche Alternativen zur Ansiedlung der Pyrolyse-Anlage sind geprüft worden?

Zur Pyrolyse-Anlage selbst führte **Herr Dr. Zwanzig** aus, dass entsprechender Recherche eine Pyrolyse von Altreifen ohne Emission von Schadstoffen nach dem derzeitigen Stand der Technik nicht möglich sei. Es bestünden erhebliche Zweifel, dass durch die Auflagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sämtliche Gefahren ausgeschlossen seien. Selbst wenn der Betreiber die im Genehmigungsverfahren festgelegten Grenzwerte einhalten könne, werden Abgase und Geräuschemissionen entstehen, die sich bis auf die Wohngebiete auswirken.

Aufgrund dessen bat **Herr Dr. Zwanzig** die Stadtverwaltung um eine erneute Prüfung durch unabhängige Institutionen und um Klärung der Bürgerfragen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack brachte zum Ausdruck, dass in der Aprilsitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten über diese Thematik ausführlich beraten wurde. Dort waren sowohl Vertreter der Genehmigungsbehörde und der Pyrolyx GmbH als auch ein Vertreter der Bürgerinitiative anwesend.

Durch den Vertreter der Genehmigungsbehörde wurde umfassend begründet, weshalb dieser chemische Prozess keinerlei schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt und die Bevölkerung der Stadt Halle habe und keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich sei. Weiterhin wurde das Verfahren erläutert und die Zuständigkeiten benannt. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der gesetzlichen Regelung keine Bürgerbeteiligung notwendig sei.

Darüber hinaus habe eine Veranstaltung einer anderen Bürgerinitiative zu diesem Thema stattgefunden, bei der ein Vertreter der Hafem GmbH und der Pyrolyx GmbH anwesend waren und nachvollziehbar diesen Prozess erläutert haben. Seitens der Stadtverwaltung wurde außerdem allen Mitgliedern der Bürgerinitiative die Einsicht in die Akten über den Genehmigungsprozess angeboten.

In Anbetracht dessen könne **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** die Bedenken von Herrn Dr. Zwanzig nicht nachvollziehen und bot ihm einen persönlichen Gesprächstermin an, um die Fragen abschließend zu klären.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schloss sich den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack an, in einem persönlichen Gespräch unter Einbeziehung des Unternehmens und der Stadtwerke die angesprochenen Kritikpunkte zu klären.

In Bezug auf die eingereichten Petitionen wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Stadtverwaltung auf diese in einer Ausgabe des Amtsblattes eingegangen sei und somit beantwortet wären.

Herr Dr. Zwanzig nahm das Angebot eines Gesprächstermins dankend an.

Herr Karl Komorniczky äußerte sich mit folgender Frage:

Wie sieht die Zukunft der Radwege im gesamten Stadtgebiet der Stadt Halle aus?

Dabei ginge es ihm speziell um die Klärung folgender Probleme:

- fehlende Absenkungen,
- zu große Fugen, vor allem in Halle-Neustadt,
- notwendige Grünschnittarbeiten,
- rücksichtsloses Parken von LKW, PKW und Kleintransportern.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados konnte die von Herrn Komorniczky angesprochenen Probleme nachvollziehen. Vor allem die gegenseitige Rücksichtnahme müsse stärker in das Bewusstsein aller Verkehrsteilnehmer treten.

Zur Situation der Radverkehrswege in der Stadt Halle teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass die Verwaltung demnächst einen Bericht dazu in den Stadtrat einbringen werde. Weiterhin befasse sich der „Runde Tisch Radverkehr“ speziell mit den Problemen der Radverkehrswege in der Stadt Halle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bot Herrn Komornyczyk an, an der nächsten Sitzung des Runden Tisches Radverkehr teilzunehmen.

Herr Komornyczyk nahm die Einladung zur Teilnahme an der nächsten Sitzung des Runden Tisches Radverkehr dankend an.

Herr Sebastian Lüdecke bezog sich auf die Parkplatzsituation in der Kirchnerstraße. Der Straßenbereich wäre durch das Verkehrsschild „Durchfahrt verboten“ gekennzeichnet und das Parken sei ausschließlich mit einem Anwohnerparkausweis erlaubt. Dennoch parken vor allen Dingen an den Wochenenden eine Vielzahl von Fahrzeughaltern ordnungswidrig.

In Anbetracht dessen bat **Herr Lüdecke** um eine höhere Kontrolldichte durch das Ordnungsamt und äußerte sich mit folgender Frage:

Welche der beiden Ordnungswidrigkeiten wird in diesem Fall bei einem Bußgeldverfahren herangezogen - der Verstoß gegen das Durchfahrtsverbot oder die des Falschparkens?

Des Weiteren bezog sich **Herr Lüdecke** auf den zurzeit auf dem Riebeckplatz befindlichen IBA-Bus. Seinen Wahrnehmungen zufolge, laufe während der Öffnungszeiten des Busses der Motor. Er fragte, warum dem so ist und ob dies notwendig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung beider Sachverhalte zu. Gleichzeitig bat sie darum, dass die Bürger bei solchen Fragen nicht die Einwohnerfragestunde abwarten, sondern sich direkt an das Bürgerbüro oder das zuständige Amt wenden, damit die Verwaltung dem sofort nachgehen und Abhilfe schaffen könne.

Frau Catharina Bankert-Hahn äußerte sich als Mutter von 3 Kindern zum TOP 5.3 „Aufnahme weiterführender Schulen - Losverfahren für Gymnasien“ und der damit in der Schulentwicklungsplanung vorgesehenen Streichung des Punktes „Aufnahme von Geschwisterkindern“. In der Begründung der Beschlussvorlage werde auf die Gleichbehandlung aller Schüler hingewiesen.

Anschließend erklärte **Frau Bankert-Hahn**, weshalb aus ihrer Sicht bei Zustimmung der Vorlage Eltern und Schüler benachteiligt seien. Die Schulwahl war für die Eltern bereits vor einigen Wochen zu treffen. Dabei habe man unter anderem den Stadtratsbeschluss vom Januar 2010 zugrunde gelegt, bei dem die Geschwisterregelung enthalten war. Durch den Wegfall der Geschwisterregelung entfalle nun aber kurzfristig ein wichtiges Entscheidungskriterium. Die Durchführung des Losverfahrens für das Giebichenstein-Gymnasium erfolge bereits vom 7. bis 14. Mai 2010. Bei Beschluss dieser Vorlage hätte sie zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit mehr, ihre Kinder an einer Schule mit inhaltlichem Schwerpunkt oder an einer freien Schule anzumelden.

Infolge dessen fragte **Frau Bankert-Hahn**, wie die Gleichberechtigung der Eltern bei der Schulwahl erfolgt, die sich auf die Geschwisterregelung verlassen haben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Schule, Jugend, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte das Losverfahren im Falle von Zwillingen oder Mehrlingskindern. Dabei erhalte jedes Kind ein Los. Sollte eines dieser über das Losverfahren ausgewählt werden, wären die anderen zwangsläufig ebenso an dieser Schule.

Weiterhin machte **Herr Beigeordneter Kogge** deutlich, dass durch das Ministerium nochmals darauf hingewiesen wurde, dass im Rahmen der Verabschiedung der Verordnung und unter Zugrundelegung von Kommentierungen Geschwisterkinder keine zu berücksichtigenden Härteformen seien. Dies wurde damit begründet, dass bei einer Geschwisterkindregelung die Chancen der übrigen Bewerber ohne sachgerechten Grund verringert werden.

Anschließend stellte **Herr Beigeordneter Kogge** die Probleme bei der Definition von Geschwisterkindern im Zusammenhang mit einer „außergewöhnlichen Härte“ dar.

Frau Bankert-Hahn erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Ihr ginge es um das zeitliche Problem. Die Auswahlverfahren laufen bereits, somit habe sie keine Möglichkeit mehr, ihre Kinder an einer anderen Schule anzumelden. Aufgrund dessen erfolge hier eine Ungleichbehandlung.

Herr Beigeordneter Kogge bot ein persönliches Gespräch an, um die Situation genau analysieren und möglicherweise eine Einzelfallentscheidung treffen zu können.

Herr Henrik Helbig bezog sich auf den Bolzplatz an der Pauluskirche. Dieser wurde aufgrund der bestehenden Unfallgefahr gesperrt, so dass für die Kinder keine Möglichkeit zum Fußballspielen in der näheren Umgebung bestünde.

Infolge dessen äußerte sich **Herr Helbig** mit folgenden Fragen:

Ist eine kurzfristige Sanierung des Bolzplatzes geplant?
Wenn ja zu welchem Zeitpunkt?

Abschließend gab er bekannt, dass die Anwohner im Paulusviertel ihre Bereitschaft zur Unterstützung bei der Beseitigung der Mängel signalisiert haben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich eingangs für das Angebot von Herrn Helbig, dass die Anwohner die Stadt bei der Beseitigung der Mängel unterstützen wollen.

Anschließend brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass bereits eine Mängelliste über dringend erforderliche Sanierungen von Spielplätzen in der Verwaltung existiere. In dieser sei ebenso der Bolzplatz am Paulusviertel aufgeführt. Die Sanierung dieser Spielplätze werde unter Berücksichtigung des städtischen Haushaltes schnellstmöglich vorgenommen.

Weiterhin sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, dass sich die Verwaltung mit Herrn Helbig in Verbindung setzen werde, um über die konkrete Unterstützung der Anwohner zu sprechen und die Beseitigung der Mängel zeitnah vornehmen zu können.

Herr Roland Manske äußerte sich mit folgenden Fragen:

Wann wird mit dem Bau des Personenaufzuges an der Hauptpost in Halle-Neustadt begonnen?

Wann kann das WC an der Skaterbahn in Halle-Neustadt wieder genutzt werden?

Des Weiteren erinnerte **Herr Manske** an seine Anfrage aus der Einwohnerfragestunde am 24.02.2010, in der er angezeigt habe, dass er aufgrund des Glatteises seine Einkäufe mit einem Taxi erledigen musste.

Herr Manske fragte erneut nach, ob die Stadtverwaltung die Taxirechnung übernehme.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zur Frage nach dem Personenaufzug an der Hauptpost in Halle-Neustadt zu.

In Bezug auf die Frage nach der Nutzung des WC an der Skaterbahn in Halle-Neustadt teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass entsprechend der Zusage eines Vertreters der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH im Bürgerforum dieses in den nächsten Tagen wieder in Betrieb genommen werde.

Hinsichtlich der letzten Frage machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass die Stadtverwaltung die Taxirechnung nicht übernehmen werde. Sie merkte an, dass die Verwaltung in ihrer schriftlichen Beantwortung der Anfragen von Herrn Manske aus der Einwohnerfragestunde am 24.02.2010 darauf eingehe und dies auch entsprechend begründet habe. Das Schreiben werde Herr Manske in den nächsten Tagen erhalten.

Frau „Hanne Peters“ äußerte sich zur Sicherheit der Stadt Halle und der Bundesrepublik Deutschland mit folgenden Fragen:

Ist der Stadt Halle bekannt, dass Frau Angela Merkel in den 70er Jahren als IM in der Auslandsspionage tätig war?

Ist der Stadt Halle bekannt, dass 3 Empfänger des Ordens „SOLPERU“ den Absturz des Flugzeuges des polnischen Präsidenten im April dieses Jahres organisiert haben?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, dass die Verwaltung darauf nicht antworten werde, da die Fragen nicht den kommunalen Aufgabenbereich betreffen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 10. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 53 Mitglieder des Stadtrates (92,98 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.4 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433
vertagt

TOP 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2009/08518

Die Vorlage sowie der Änderungsantrag wurden im Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.04.2010 und im Hauptausschuss am 21.04.2010 vertagt.

TOP 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit
Vorlage: V/2009/08342
zurückgestellt

TOP 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit (Vorlage V/2009/08342)
Vorlage: V/2009/08390
erledigt

TOP 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle
Vorlage: V/2010/08630

TOP 6.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)
Vorlage: V/2010/08668

TOP 6.5.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer: V/2010/08630)
Vorlage: V/2010/08670

TOP 6.5.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)
Vorlage: V/2010/08735

Der Antrag sowie die Änderungsanträge wurden im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 13.04.2010 und im Hauptausschuss am 21.04.2010 vertagt.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

TOP 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Vorlage: V/2009/08484

Hierzu liegen eine Ergänzungsvorlage der Verwaltung sowie 5 Änderungsanträge vor:

Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes
Vorlage: V/2010/08813

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haus-
haltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08809

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haus-
haltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08808

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beschlussvorlage "Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Haushaltsansatz der frei-
willigen Feuerwehren
Vorlage: V/2010/08771

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2010 - Mehr-
ausgaben Schülerspeisung Halle-Pass
Vorlage: V/2010/08766

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage 'Haushalts-
satzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteili-
gungsbericht über das Jahr 2008' zur Veränderung der Kostenstelle 4820
(Vorl.-Nr.: V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08840

TOP 5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Sali-
nemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2010/08752

Hierzu liegen Austauschblätter bzw. Ergänzungen vor.
Weiterhin liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvor-
lage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und
Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)
Vorlage: V/2010/08832

TOP 7.3 Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-
Empfänger in der Grundschule
Vorlage: V/2010/08657

Hierzu liegen weitere Änderungsanträge vor:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08839

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08842

TOP 7.10 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843

Es liegt eine weitere Informationsvorlage unter dem TOP 9 Mitteilungen vor:

Neustrukturierung ARGE
Vorlage: V/2010/08831

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, den TOP 7.3 einschließlich der Änderungsanträge

7.3 Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule
Vorlage: V/2010/08657

7.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08733

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08839

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08842

aus haushaltsrelevanten Gründen vor dem TOP 5.2 zu beraten.

Daraufhin entstand eine Diskussion über die Zulässigkeit des Antrages einschließlich der Änderungsanträge. An dieser beteiligten sich **Herr Wolter, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Wehrich** und **Herr Dr. Meerheim**.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass der Antrag einschließlich der Änderungsanträge aufgrund der ungleichen Voten in den Fachausschüssen im Hauptausschuss beraten werden müsse. Da dies noch nicht erfolgt sei, könne der Antrag sowie die Änderungsanträge in der heutigen Stadtratssitzung nicht behandelt werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Wolter an und begründete dies anhand der Geschäftsordnung und Zuständigkeitsordnung. Der Hauptausschuss habe das Recht und die Verpflichtung, über Anträge mit ungleichen Voten in den Fachausschüssen zu beraten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90 DIE/GRÜNEN, sowie **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, sprachen sich gegen die Absetzung in der heutigen Stadtratssitzung und Beratung des Antrages sowie der Änderungsanträge im Hauptausschuss aus.

Herr Wehrich machte darauf aufmerksam, dass aus der Geschäftsordnung nicht hervorginge, dass eine verpflichtende Notwendigkeit bestünde, Anträge aufgrund ungleicher Voten im Hauptausschuss zu behandeln. Laut Zuständigkeitsordnung habe der Hauptausschuss lediglich Empfehlungsrechte zur Koordinierung widersprüchlicher Empfehlungen aus Fachausschüssen.

In Anbetracht dessen sei es Entscheidung des Stadtrates, ob eine Empfehlung des Hauptausschusses gewünscht sei oder nicht. Insofern könne der TOP 7.3 auf der Tagesordnung verbleiben und beraten werden.

Herr Krause stimmte den Ausführungen von Herrn Wehrich zu und erklärte, dass es lediglich zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ungleiche Voten gegeben habe.

Herr Dr. Meerheim konnte grundsätzlich die Meinung von Herrn Bönisch teilen. Allerdings sei das Recht des Hauptausschusses gleichzeitig auch das Recht des Stadtrates. Dieser könne jede Angelegenheit an sich ziehen.

Da der Antrag einschließlich der Änderungsanträge in den Fachausschüssen umfänglich diskutiert wurden, sollte darüber in der heutigen Stadtratssitzung auch endgültig entschieden werden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sprach sich ebenfalls für die Behandlung des TOP 7.3 aus. Er legte fest, dass dieser einschließlich der Änderungsanträge auf der Tagesordnung verbleibe und vor dem TOP 5.2 beraten werde.

Es gab keine Widersprüche seitens der Stadtratsmitglieder.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat darum, den TOP 5.7

Verkehrsführung und Verbesserung der Fußläufigkeit am Joliot-Curie-Platz
Vorlage: V/2010/08775

von der Tagesordnung abzusetzen. Seines Erachtens sei dieser Beschluss überflüssig, da der Stadtrat dazu bereits einen Beschluss gefasst habe und in der jetzt vorliegenden Vorlage lediglich die Änderung eines Wortes beschlossen werden soll.

Die Stadtratsmitglieder stimmten der Absetzung des TOP 5.7 ohne förmliche Abstimmung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zum TOP 5.3

Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien
Vorlage: V/2010/08806

Dieser stand zwar rechtzeitig auf der Tagesordnung, die Vorlage wurde allerdings erst zwei Tage vor der Stadtratssitzung nachgereicht. Seines Erachtens hätte die Verwaltung die Vorlage als Dringlichkeitsvorlage einbringen müssen.

Darüber hinaus habe Herr Beigeordneter Kogge auf die Einwohnerfrage zu dieser Thematik rein fachlich geantwortet, weshalb entsprechend der Verordnung des Landes Geschwister nicht bevorzugt werden sollen. In der Vorlage sei allerdings eine andere Begründung aufgeführt.

Herr Paulsen bat um eine Stellungnahme der Verwaltung zur Behandlung der Vorlage. Diese sei den Stadtratsmitgliedern nicht ordentlich und fristgerecht zugegangen und müsste demnach abgesetzt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Gründe für die späte Einbringung der Vorlage. Bisher wurde das Losverfahren bei Gymnasien aufgrund einer Empfehlung durch das Land durchgeführt. Das Land habe kurzfristig eine entsprechende Verordnung beschlossen und am 20.04.2010 veröffentlicht. Auf dieser Grundlage müsse nun das Losverfahren durchgeführt werden. Erst nach Veröffentlichung der Verordnung konnte die Vorlage erarbeitet und vorgelegt werden.

Darüber hinaus wurde seitens der Verwaltung von Anfang an darauf hingewiesen, dass bei einer gesetzlichen Regelung durch das Land zum Losverfahren der Stadtrat diese beschließen müsse.

Herr Beigeordneter Kogge machte deutlich, dass die Behandlung der Vorlage rechtzeitig auf der Tagesordnung angekündigt war und fachlich begründet wurde, weshalb die Vorlage nachgereicht werden müsse. Über diesen Sachstand wurde auch in der Hauptausschusssitzung am 21.04.2010 informiert. Zudem konnte die Vorlage in der Fraktionssitzung beraten werden.

Aus vorgenannten Gründen könne er die Ausführungen von Herrn Paulsen nicht nachvollziehen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schloss sich den Ausführungen von Herrn Paulsen an und begründete dies. Im Falle einer Beanstandung des Beschlusses wäre dieser seines Erachtens nicht wirksam, da die Vorlage nicht ordnungsgemäß mit der Einladung verschickt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte nochmals auf die Hintergründe für die Nachreichung der Vorlage aufmerksam. Anschließend stellte sie den Antrag, den TOP 5.3 als Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung zu setzen, da das Losverfahren entsprechend der Verordnung des Landes durchgeführt werden müsse.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass eine 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei und bat um Abstimmung des Antrages der Oberbürgermeisterin.

Abstimmungsergebnis:

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.03.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.03.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Teilnahme am Programm der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Teilentschuldung der kommunalen Finanzhaushalte (Sachsen-Anhalt STARK II)
Vorlage: V/2010/08736

Aus haushaltsrelevanten Gründen wurden die Tagesordnungspunkte 7.3 - 7.3.4 nach dem TOP 5.1 behandelt
- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule
Vorlage: V/2010/08657
- 7.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08733
- 7.3.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08839

- 7.3.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08842
- 7.3.4 *Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: V/2010/08657)*
Vorlage: V/2010/08848 *während der Sitzung gestellt*
- 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Vorlage: V/2009/08484
- 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08809
- 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08808
- 5.2.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: V/2010/08771
- 5.2.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2010 - Mehrausgaben Schülerspeisung Halle-Pass
Vorlage: V/2010/08766
- 5.2.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage 'Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008' zur Veränderung der Kostenstelle 4820 (Vorl.-Nr.: V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08840
- 5.2.6 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze*
Vorlage: V/2010/08845 *während der Sitzung gestellt*
- 5.2.7 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Zuschuss an Eigenbetrieb*
Vorlage: V/2010/08846 *während der Sitzung gestellt*
- 5.2.8 *Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Haushaltsplanentwurf 2010 - hier HH-Stelle 1.4640.718000*
Vorlage: V/2010/08847 *während der Sitzung gestellt*
- Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes
Vorlage: V/2010/08813

- 5.3 Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien
Vorlage: V/2010/08806
- 5.4 *Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2009/08433 abgesetzt
- 5.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)*
Vorlage: V/2009/08518 abgesetzt
- 5.5 Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm"
Vorlage: V/2010/08649
- 5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2010/08752
- 5.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)*
Vorlage: V/2010/08832
- 5.7 *Verkehrsführung und Verbesserung der Fußläufigkeit am Joliot-Curie-Platz*
Vorlage: V/2010/08775 abgesetzt
- 5.8 Baubeschluss Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd) - Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG -
Vorlage: V/2010/08577
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Errichtung von Parkstreifen in der Dessauer Straße
Vorlage: V/2009/08325
- 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenzsteigerung und Verbesserung der Stadtratsarbeit
Vorlage: V/2009/08246
- 6.3 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit*
Vorlage: V/2009/08342 abgesetzt
- 6.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit (Vorlage V/2009/08342)*
Vorlage: V/2009/08390 abgesetzt

- 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: V/2009/08495
- 6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: V/2009/08524
- 6.5 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle*
Vorlage: V/2010/08630 *abgesetzt*
- 6.5.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)*
Vorlage: V/2010/08668 *abgesetzt*
- 6.5.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer: V/2010/08630)*
Vorlage: V/2010/08670 *abgesetzt*
- 6.5.3 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)*
Vorlage: V/2010/08735 *abgesetzt*
- 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung
Vorlage: V/2010/08560
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Entsendung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08791
- 7.2 Antrag SPD-Stadtratsfraktion zu einem Handy-Stadtführer in Halle
Vorlage: V/2010/08790
- Die Tagesordnungspunkte 7.3 bis 7.3.4 wurden vor TOP 5.2 behandelt
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bedarfserfassung der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14
Vorlage: V/2010/08580
- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Prüfung von Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/08783
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Breitbandversorgung
Vorlage: V/2010/08702
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur umweltverträglichen Beschaffung von Reinigungsmitteln
Vorlage: V/2010/08800

- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses gegen ausbeuterische Kinderarbeit
Vorlage: V/2010/08803
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten
Vorlage: V/2010/08805
- 7.10 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798
- 7.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur gleichmäßigen Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843
- 7.11 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM
Vorlage: V/2010/08709
- 7.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Ehrung hallescher Bürgerinnen und Bürger, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben
Vorlage: V/2010/08784
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Initiative "Solar lokal"
Vorlage: V/2010/08715
- 8.2 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Schlussfolgerungen aus der Verkehrsdatenerhebung vom 06. Mai 2009
Vorlage: V/2010/08794
- 8.3 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Aufgaben-/Zuständigkeitserweiterung von Politessen
Vorlage: V/2010/08795
- 8.4 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Schließsystem in städtischen Sporthallen
Vorlage: V/2010/08722
- 8.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Nachnutzungskonzept der ehemaligen Bundeswehrekaserne Lettin
Vorlage: V/2010/08793
- 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Beschilderungskosten in Folge bundesgesetzlicher Änderung der StVO
Vorlage: V/2010/08796
- 8.7 Anfrage des Stadtrates Werner Misch (CDU) zur Wiedereröffnung des Heidebades
Vorlage: V/2010/08785
- 8.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zur Querung des Brandbergweges im Haltestellenbereich "Spechtweg"
Vorlage: V/2010/08788

- 8.9 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur geplanten Einführung einer Umweltzone in Halle
Vorlage: V/2010/08726
- 8.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Sanitäranlagen, der Beleuchtung und der
Parkplatzkonzeption für das Laternenfest 2010
Vorlage: V/2010/08804
- 8.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufnahme von SchülerInnen an
allgemeinen kommunalen Gymnasien
Vorlage: V/2010/08789
- 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einwerbung von Fördermitteln
Vorlage: V/2010/08802
- 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Proberäumen für Nachwuchsbands
in Halle
Vorlage: V/2010/08797
- 8.14 Anfrage der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Zukunftstag für
Mädchen und Jungen in Sachsen-Anhalt - Girls`Day & Neue Wege für Jungs
Vorlage: V/2010/08799
- 8.15 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Bilanz der
Baumpflanzungen und Baumfällungen
Vorlage: V/2010/08787
- 8.16 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu den Sanie-
rungsmaßnahmen am Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2010/08704
- 8.17 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Sachstand Bau einer
Ballsporthalle
Vorlage: V/2010/08782
- 9. Mitteilungen
- 9.1. Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9.2 Neustrukturierung ARGE
Vorlage: V/2010/08831
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 11.1 Anregung SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung des Joliot-Curie-Platzes
Vorlage: V/2010/08792
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.03.2010**

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.03.2010.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.03.2010 gefassten Beschlüsse**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 24.03.2010 gefassten Beschlüsse:

- zu 3.1 **Zuschlag für die Vergabe des Projektes "Umbau und Erweiterung des Kurt-Wabbel-Stadions", Halle (Saale) einschließlich Bestätigung zugehöriger Rahmenbedingungen**
Vorlage: V/2010/08654

Beschluss (in modifizierter Form):

- I. Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, den Zuschlag an das Bieterkonsortium G. P. Papenburg Hochbau GmbH/beton & rohrbau C.-F. Thymian GmbH & Co KG in Höhe von 16,810 Mio. € (netto) zu erteilen. Die Zuschlagserteilung erfolgt unter der Bedingung, dass die Bewilligung der zugesagten Landesfördermittel *und die vergaberechtlichen Bedingungen vorliegen*. Unter diesen Voraussetzungen wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, alle notwendigen Verträge für Fördermittel, Bau und Betrieb abzuschließen und die Stadion-Betriebsgesellschaft zu gründen. Diese erhält ab dem Jahre 2011 einen Betriebskostenzuschuss von bis zu 370 T€ jährlich.

 - II. Der Stadtrat beschließt, die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2009 für das Vorhaben Umbau und Erweiterung des Kurt-Wabbel-Stadions, Haushaltsstelle 2.5600.941000-003, in Höhe von 8.252.000 € im Vermögenshaushalt.
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.8400.985000-006, Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle/Saalkreis mbH & Co. KG, Investitionszuschüsse an kommunale öffentlich-wirtschaftliche Unternehmen, in Höhe von 8.252.000 €.
-

zu 3.2 Abschluss eines Leihvertrags für die Dauerleihgabe einer Sammlung von Bildern des Malers Bernhard Heisig
Vorlage: V/2010/08646

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird zur Unterzeichnung eines Leihvertrags ermächtigt, welcher der Stadt Halle an der Saale, die Sammlung von 21 Bildern des Malers Bernhard Heisig als Dauerleihgabe überlässt.

zu 3.3 Vergabebeschluss: Amt 66-B-34/ 2009 - Halle (Saale) - Klausbrücke, Ertüchtigung und Sanierung
Vorlage: V/2010/08673

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma Matthäi Bauunternehmen, Firmensitz in Halle, mit einer Bruttosumme von 1.238.918,75 € den Zuschlag zu erteilen.

zu 3.4 Vergabebeschluss: Amt 66-B-32/ 2009, Halle (Saale) - Gerbersaale, Wasserhaltung und Beräumung der Sedimente
Vorlage: V/2010/08674

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Bietergemeinschaft Tief- Spezialbau Halle GmbH/beton & rohrbau C.F.Thymian GmbH & Co. KG/ GP Papenburg Hochbau GmbH, Firmensitz in Halle, mit einer Bruttosumme von 1.756.016,57 € den Zuschlag zu erteilen.

zu 3.5 Vergabebeschluss: ZGM-B-006/2010: Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Schwimmhalle, Gründungs- und Rohbauarbeiten
Vorlage: V/2010/08692

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma GP Papenburg Hochbau GmbH, Firmensitz in Halle, mit einer Bruttosumme von 2.383.160,46 € den Zuschlag zu erteilen.

zu 3.6 Vergabebeschluss: ZGM-B-055/ 2009, Sportkomplex Robert-Koch-Straße,
Stadionneubau -
Entwässerungskanal- und Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: V/2010/08693

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag auf das Nebenangebot der Firma Otto Kittel GmbH & Co. KG mit Firmensitz in Zorbau zu einer Bruttosumme von 1.274.747,67 €, zu erteilen.

zu 4.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gestaltung einer Dauerausstellung
zur Stadtgeschichte im Stadtmuseum
Vorlage: V/2010/08578

modifizierter Beschluss:

Die Verwaltungsspitze wird gebeten:

1. Die Dauerausstellung zur Stadtgeschichte der Stadt Halle von einem externen Kurator *konzipieren und betreuen zu lassen.*
2. Bei den Haushaltsberatungen *in den* Haushalt des Stadtmuseums die für eine zu erstellende Dauerausstellung notwendigen Mittel einzustellen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Teilnahme am Programm der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur
Teilentschuldung der kommunalen Finanzhaushalte (Sachsen-Anhalt
STARK II)
Vorlage: V/2010/08736

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, im Rahmen des Programms zur Teilentschuldung der kommunalen Finanzhaushalte (Sachsen-Anhalt STARK II) Umschuldungen von Kommunaldarlehen, deren Zinsbindungsfristen in dem Zeitraum 01.03.2010 bis 31.12.2014 auslaufen, vorzunehmen und die mit dem Programm verbundene Konsolidierungspartnerschaft zu vereinbaren.

- zu 7.3 **Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule**
Vorlage: V/2010/08657
- zu 7.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)**
Vorlage: V/2010/08733
- zu 7.3.2 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)**
Vorlage: V/2010/08839
- zu 7.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)**
Vorlage: V/2010/08842
- zu 7.3.4 **Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: V/2010/08657)**
Vorlage: V/2010/08848
-

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung des Antrages einschließlich der Änderungsanträge in den Hauptausschuss, da seines Erachtens zu dieser Thematik weiterer Klärungsbedarf bestehe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM ein separater Antrag völlig neuen Inhalts sei. Dieser beziehe sich ausschließlich auf den § 72 des Schulgesetzes. In dem Antrag der SPD-Fraktion ginge es aber um die Ausgestaltung einer Pflichtleistung der Stadt Halle. Demzufolge sollte der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM nicht als solcher behandelt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sprach sich gegen die Verweisung aus und erinnerte an die Diskussion zum TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung. Durch Zustimmung der Tagesordnung sei er davon ausgegangen, dass es Intention des Stadtrates wäre, den Antrag einschließlich der Änderungsanträge in der heutigen Sitzung abschließend zu beraten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, sprach sich für die Verweisung aus. Zudem könne er die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim nicht teilen. Formal habe Herr Dr. Meerheim zwar Recht, inhaltlich sei es allerdings ein rechtmäßiger Änderungsantrag, da dieser die gleiche Angelegenheit und die gleiche Gruppe von Kindern betreffe.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Verweisung in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: **mehrheitlich abgelehnt**
23 Ja-Stimmen
28 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Anschließend nahmen die Fraktionen Stellung zum Antrag sowie zu den Änderungsanträgen und erklärten ihr Abstimmungsverhalten diesen gegenüber.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich eingangs für die ernsthafte und kollegiale Beratung zu dieser Thematik in den Fachausschüssen und erläuterte nochmals das Ziel des Antrages seiner Fraktion.

Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte **Herr Krause**, dass es bei diesem nicht um ein kostenloses Mittagessen für eine speziell betroffene Gruppe ginge, sondern um die Erhöhung eines Zuschusses. An einem Beispiel stellte er dar, weshalb eine Erhöhung des Zuschusses seines Erachtens nicht sinnvoll wäre.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der CDU-Fraktion gab **Herr Krause** bekannt, dass seine Fraktion diesen übernehmen werde. Dieser Sachverhalt müsse ohnehin vorab geklärt werden, dass im Ergebnis dessen keine zusätzliche Belastung auf die Stadt Halle zukomme.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion das Anliegen der SPD-Fraktion grundsätzlich teile, allerdings sollte keine nach Altersgruppen gestaffelte unterschiedliche Behandlung der bedürftigen Familien erfolgen.

Aufgrund dessen habe seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht mit dem Ziel, allen bedürftigen Kindern in der Stadt Halle einen erhöhten Zuschuss für das Mittagessen zu gewähren. Dadurch werde eine Ungleichbehandlung vermieden.

Weiterhin brachte **Herr Paulsen** zum Ausdruck, dass er in keinsten Weise nachvollziehen könne, weshalb die SPD-Fraktion den Änderungsantrag der CDU-Fraktion übernommen habe. Dieser entspreche nicht dem grundsätzlichen Anliegen der SPD-Fraktion. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion beziehe sich auf ein Urteil des Landessozialgerichtes Baden-Württemberg mit einem völlig anderen Sachverhalt.

Abschließend bat **Herr Paulsen** um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion und erinnerte an die Beratungen in den entsprechenden Fachausschüssen. Dort wurde die Auffassung seiner Fraktion geteilt, dass möglichst viele Familien von einem erhöhten Zuschuss für ein warmes Mittagessen profitieren sollten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach sich ausdrücklich gegen den Antrag der SPD-Fraktion aus, da das eigentliche Ziel mit diesem nicht erreicht werden könne.

Hierbei ginge es um das zielgenaue Verhindern von Härtefällen und Not. Dabei müsse ein soziales Netz geschaffen werden, um den bedürftigen Familien helfen zu können. Mit der Einrichtung von Freitischen entsprechend des Änderungsantrages seiner Fraktion wäre dieses Erachtens gegeben.

Zudem unterstütze seine Fraktion mehrheitlich den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da dieser die gerechtere Verfahrensweise beinhalte.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass ihre Fraktion das Anliegen der SPD-Fraktion grundsätzlich unterstütze. Allerdings werde die Fraktion DIE LINKE. dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen, da dieser allen bedürftigen Kindern in den Kindereinrichtungen und Schulen einen erhöhten Zuschuss zum Mittagessen zur Verfügung stelle. Dabei verwies sie auf den Armutsbericht, der genau diese Zielrichtung verfolge.

Bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung erklärte **Frau Haupt**, dass ihre Fraktion diese nicht teile und begründete dies anhand des § 11 des SGB II. Demzufolge könne die Umsetzung des Anliegens über den Halle-Pass finanziert werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass seine Fraktion sowohl den Antrag als auch die Änderungsanträge ablehnen werde, da diese sich seines Erachtens nicht mit dem Kernproblem beschäftigen. Für die Kinder müsse eine Zukunft geschaffen werden, in der die Familien ihr Einkommen selbst erzielen und die Kinder dazu erzogen werden, selbst über ihr Leben zu bestimmen.

Durch den Antrag werde der Eindruck vermittelt, dass der Staat in der Lage wäre, das Recht und die Pflicht der Eltern zur Kindererziehung abzulösen. Eltern, die für die Verpflegung ihrer Kinder sorgen, erhalten dagegen keine Unterstützung.

Weiterhin wurde in keiner Weise berücksichtigt, dass bei Zustimmung des Antrages die Versorgungsanlagen in den Schulen ausgebaut werden müssen, da die Kantinen nicht in der Lage seien, derart viele Kinder aufzunehmen.

Darüber hinaus wies **Herr Kley** auf die Haushaltslage der Stadt Halle hin. Bei dem vorliegenden Antrag seien Stadträte bereit, Schulden aufzunehmen, die später genau diese Kinder zu tragen haben.

Seine Fraktion halte eine solche politische Entscheidung, diese Personengruppen in dieser Form zu unterstützen, für die falsche Herangehensweise. Vielmehr sollte man Arbeitsplätze schaffen, die Kinder in den Schulen fördern und die Eltern ertüchtigen, Arbeitsplätze zu übernehmen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde und begründete dies. In der Stadt Halle sei eine Vielzahl von Freitischen vorhanden, bei denen Kinder neben einem kostenlosen Mittagessen weitere soziale und pädagogische Leistungen erhalten. Sollte dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt werden, entfalle die Motivation zu einem der Freitische zu gehen und damit auch die zusätzlichen Leistungen.

An der darauf folgenden Diskussion zu den Ausführungen der Fraktionen beteiligten sich **Frau Brock, Herr Wehrich, Herr Krause, Frau Wolff, Herr Bönisch, Frau Dr. Sitte, Herr Kley, Herr Paulsen, Frau Dr. Bergner, Herr Wolter** sowie **Herr Misch**.

Frau Brock, Herr Wehrich und **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gingen nochmals auf das Ziel des Änderungsantrages ihrer Fraktion ein. Es soll allen bedürftigen Kindern ein kostenloses Mittagessen bereitgestellt werden, auch denen, die nur einen Halbtagsanspruch haben. Dabei machten **Herr Wehrich** und **Herr Paulsen** deutlich, dass sie die Ausführungen von Herrn Kley und Herrn Bönisch nicht teilen können.

Frau Brock schloss sich der Auffassung von Herrn Dr. Meerheim an, dass der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM ein separater Antrag mit völlig neuem Inhalt sei. Da dieser dennoch behandelt werde, stellte sie folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält eine Fassung, welche die Beschlusspunkte 1-3 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlagen-Nummer: V/2010/08733) berücksichtigt und um die Beschlusspunkte des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM (Vorlagen-Nummer: V/2010/08842) als zusätzliche Beschlusspunkte 4-6 ergänzt wird.

Herr Krause, SPD-Fraktion, konnte die Ausführungen von Herrn Kley nicht nachvollziehen und verwies nochmals auf das Ziel des Antrages seiner Fraktion. Aufgrund der städtischen Haushaltslage wurde ganz bewusst ein Stufenmodell gewählt. Hierbei ginge es nicht um die Eltern, sondern um eine direkte Leistung für die Kinder.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass auf die Umsetzung des Antrages in den Fachausschüssen überhaupt nicht eingegangen wurde. Bezüglich der Aussage von Herrn Krause, dass aufgrund der städtischen Haushaltslage ein Stufenmodell gewählt wurde, brachte sie zum Ausdruck, dass auch diese Variante finanziell nicht umzusetzen sei. Aufgrund dessen unterstütze sie den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da dieser eine Ungleichbehandlung ausschliesse.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Paulsen und Herrn Wehrich. Diese könne er nicht teilen. Anschließend fragte er nach den Kosten für die Stadt Halle bei Umsetzung des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Weiterhin teilte **Herr Bönisch** mit, dass er sich zur Problematik der künftigen Verfahrensweise im Falle der Umsetzung des Antrages der SPD-Fraktion bereits bei der Bundesagentur für Arbeit erkundigt habe. Diese habe sich dazu noch nicht positioniert. Aufgrund dessen sei eine Klärung im Vorfeld entsprechend des Änderungsantrages seiner Fraktion zwingend notwendig.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Kley. Sie brachte zum Ausdruck, dass diese nicht nachvollziehbar seien und begründete dies.

Darüber hinaus erinnerte **Frau Dr. Sitte** an die Diskussionen in den Fachausschüssen, in denen mehrheitlich dafür plädiert wurde, möglichst vielen Kindern ein kostenloses Mittagessen zu gewähren. Dies sei mit dem Antrag der SPD-Fraktion allerdings nicht gegeben. Ihre Fraktion unterstütze den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da in diesem alle bedürftigen Kinder berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Freitische erklärte **Frau Dr. Sitte**, dass es für viele Familien unangenehm sei und Überwindung koste, diese in Anspruch zu nehmen und somit die letzte Alternative wäre. Aus diesem Grund müsse mit der Unterstützung zu einem Mittagessen an Kindertagesstätten und Schulen begonnen und nicht auf Angebote in der letzten Kette verwiesen werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bezog sich auf die Kritik der Stadtratsmitglieder zu seinen Ausführungen. Der FDP-Fraktion seien die Probleme der Familien in der Stadt Halle durchaus bewusst, allerdings unterstütze man andere Modelle, um nicht von staatlicher Alimentation abhängig zu sein.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, unterstützte die Ausführungen von Herrn Bönisch hinsichtlich der Notwendigkeit des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

In Bezug auf die Aussage von Frau Dr. Sitte, dass mit der Unterstützung zu einem Mittagessen begonnen werden müsse, merkte **Frau Dr. Bergner** an, dass die Stadt bereits einen Zuschuss zu einem Mittagessen für bedürftige Kinder zahle.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat die SPD-Fraktion um Klarstellung hinsichtlich der Frage zur Deckung des Antrages. Es könne der Eindruck entstehen, dass die notwendigen Mittel aus den Bedarfsleistungen der Hartz IV-Empfänger gestrichen und auf der anderen Seite zur Deckung verwendet werden sollen, um ein kostenloses Mittagessen anbieten zu können.

Weiterhin betonte **Herr Wolter** nochmals, dass in Anbetracht der jetzigen Diskussion eine Behandlung dieser Thematik im Hauptausschuss erforderlich gewesen wäre. Unabhängig davon sei die Verwaltung verpflichtet, belastbare Zahlen vorzulegen, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben.

Anschließend bezog sich **Herr Wolter** auf die Ausführungen von Frau Dr. Sitte und erläuterte nochmals das Ziel des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Herr Misch, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung. Er brachte sein Unverständnis über die Diskussion zum Ausdruck und begründete dies anhand seiner persönlichen Erfahrungen. Die Leistungen, die über den Halle-Pass bezogen werden können, seien seines Erachtens völlig ausreichend. Aufgrund dessen unterstütze er zum Teil die Ausführungen von Herrn Kley.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Misch auf Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und des Antrages der SPD-Fraktion.

**zu 7.3.4 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-
Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08848**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält eine Fassung, welche die Beschlusspunkte 1-3 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlagen-Nummer: V/2010/08733) berücksichtigt und um die Beschlusspunkte des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM (Vorlagen-Nummer: V/2010/08842) als zusätzliche Beschlusspunkte 4-6 ergänzt wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

zu 7.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08842**

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadt Halle stellt allen Kindern in besonderen Fällen/Notlagen, die Schulen in der Stadt Halle besuchen, auf der Basis des Freitisches ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung. Die Gewährung eines kostenlosen Mittagessen (Freitisches) erfolgt für max. 3 Monate. Parallel werden Hilfemaßnahmen zur mittelfristigen Lösung der besonderen Notlage des Kindes eingeleitet.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Regelung für die Nutzung des Freitisches für in Not geratene Kinder bzw. Familien zu entwickeln.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in einem Jahr einer Evaluierung zu unterziehen.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

zu 7.3.2 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08839**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 3 ergänzt:

3. *Die Oberbürgermeisterin wird sich bei der Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion) darüber kundig machen, wie diese im Falle einer Beschlussfassung der Punkte 1 und 2 künftig verfahren wird. Die Information der Bundesagentur für Arbeit bildet hierzu die Grundlage für eine etwaige Umsetzung des Beschlusses.*

Abstimmungsergebnis:

**erledigt
von SPD-Fraktion übernommen**

zu 7.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08733**

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
29 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Stadt Halle stellt allen Kindern mit Halle-Pass, die Kindertagesstätten und Schulen in der Stadt Halle (Saale) besuchen, einen Zuschuss in Höhe von 1,20 € pro Mittagessen zur Verfügung.
2. Der Leistungskatalog des Halle-Passes wird entsprechend geändert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in einem Jahr einer Evaluierung zu unterziehen.

zu 7.3 **Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule**
Vorlage: V/2010/08657

modifizierter Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadt Halle stellt allen Kindern mit Halle-Pass, die Kindertagesstätten und Schulen in der Stadt Halle (Saale) besuchen, einen Zuschuss in Höhe von 1,20 € pro Mittagessen zur Verfügung.*
2. *Der Leistungskatalog des Halle-Passes wird entsprechend geändert.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in einem Jahr einer Evaluierung zu unterziehen.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
19 Ja-Stimmen
30 Nein-Stimmen

Anmerkung:

Der ursprünglich modifizierte Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Halle stellt allen Kindern mit Halle-Pass, die Grundschulen bzw. Förderschulen in den Klassenstufen eins bis vier besuchen, ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung, sofern es von einem Essenlieferanten produziert und geliefert wird und die Erziehungsberechtigten die Mittagessenteilnahme ihres Kindes wünschen. Die Kostenfreiheit des Mittagessens gilt in Schulen, die sich in freier oder kommunaler Trägerschaft befinden.
2. Der Leistungskatalog des Halle-Passes wird entsprechend geändert.
3. **Die Oberbürgermeisterin wird sich bei der Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion) darüber kundig machen, wie diese im Falle einer Beschlussfassung der Punkte 1 und 2 künftig verfahren wird. Die Information der Bundesagentur für Arbeit bildet hierzu die Grundlage für eine etwaige Umsetzung des Beschlusses.**

Der Stadtrat legte eine Pause von 14 Minuten ein.

- zu 5.2 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008**
Vorlage: V/2009/08484
- zu 5.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08809
- zu 5.2.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08808
- zu 5.2.3 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren**
Vorlage: V/2010/08771
- zu 5.2.4 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2010 - Mehrausgaben Schülerspeisung Halle-Pass**
Vorlage: V/2010/08766
- zu 5.2.5 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage '- Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008' zur Veränderung der Kostenstelle 4820 (Vorl.-Nr.: V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08840
- zu 5.2.6 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze**
Vorlage: V/2010/08845
- zu 5.2.7 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Zuschuss an Eigenbetrieb**
Vorlage: V/2010/08846
- zu 5.2.8 **Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Haushaltsplanentwurf 2010 - hier HH-Stelle 1.4640.718000**
Vorlage: V/2010/08847

zu Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes
Vorlage: V/2010/08813

Es wurden folgende zwei weitere Änderungsanträge durch die CDU-Fraktion eingebracht:

In der Haushaltsstelle 1.6300.511000 - Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze - wird der Ansatz um 1 Mio. Euro auf 3.800.700 Euro erhöht.

In der Haushaltsstelle 1.8430.715000 - Zuschuss an Eigenbetrieb - wird der Ansatz um 1 Mio. Euro auf 1.000.000 Euro erhöht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass für diesen Tagesordnungspunkt die Redezeit unbegrenzt sei.

Er bat die Verwaltung und die Fraktionen um ihre Redebeiträge zur eingebrachten Beschlussvorlage. Die Reden zum Haushalt wurden in folgender Reihenfolge gehalten:

1. Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal
2. Herr Bönisch, CDU-Fraktion
3. Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
4. Herr Krause, SPD-Fraktion
5. Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.
6. Herr Kley, FDP-Fraktion
7. Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Die Redekonzepte liegen der Niederschrift als Anlage bei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass die Oberbürgermeisterin auf die Fragen der Fraktionsvorsitzenden, die aus den Haushaltsreden resultieren, antworten werde und schlug vor, danach über die Vorlage und Änderungsanträge abzustimmen.

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Frau Wildgrube.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Bönisch.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte die Gründe für die schwierige Haushaltssituation der Stadt Halle dar. Dabei seien die geringen Einnahmen, vor allem die des FAG, das Hauptproblem.

Anschließend ging **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die Haushaltskonsolidierung ein und teilte mit, dass das Altdefizit beispielsweise durch den Verkauf der städtischen Anteile an Krankenhäusern, der Deponie Lochau und durch Ausschüttung der kommunalen Unternehmen schon abgebaut werden konnte.

Zudem erfolge eine Entlastung des städtischen Haushaltes hinsichtlich der Investitionskredite durch das Teilentschuldungsprogramm STARK II.

Bezüglich der Kritik im Umgang mit Mitteln in Höhe von 73 Mio. € erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung derzeit prüfe, ob die Stadtwerke diese effektiver einsetzen können. Darüber hinaus bestünde für die Stadt weiterhin die Möglichkeit, Kaschenkredite zu günstigen Konditionen zu erhalten.

Weiterhin klärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf, weshalb die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes erst im Juni dem Stadtrat vorgelegt werden könne. Die städtischen Unternehmen sollen auch weiterhin die Stadt Halle bei der Haushaltskonsolidierung unterstützen. Dazu müsse aber ausgehend von der Gesamtsituation ein anderer Ansatzpunkt als im Jahr 2007 gewählt werden. Um bei diesem Abwägungsprozess den optimalen Effekt erzielen zu können, seien weitere Gespräche mit den städtischen Unternehmen notwendig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Zustimmung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung 2010 entsprechend der Beschlussvorlage der Verwaltung. Damit werde eine Verhandlungsgrundlage mit dem Land geschaffen und auf die Unterfinanzierung der Stadt Halle hingewiesen.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Haushaltsstelle im Verwaltungshaushalt, UA 4640 - Kindertageseinrichtungen, Zuschüsse an freie Träger in Höhe von 1.666.400 €. Dieser Betrag wurde zunächst entsprechend der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften in die Vorlage eingearbeitet. Sie fragte nach den Gründen, weshalb der Betrag in der vorliegenden Beschlussvorlage nicht mehr aufgeführt sei.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierten über die Festlegungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13.04.2010. In dieser habe es Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder gegeben, ob die Mehrbedarfe des Bedarfs- und Entwicklungsplanes 2010 in der Haushaltsplanung 2010 enthalten seien. Daraufhin habe die Verwaltung vorgeschlagen, den Betrag optional herauszunehmen und die Position durch das Fachdezernat überprüfen zu lassen.

In der Hauptausschusssitzung am 21.04.2010 erfolgte eine Mitteilung über die Prüfergebnisse und es wurde sich darauf verständigt, den Betrag in Höhe von 1,6 Mio. € für die Minimierung des Haushaltsdefizits zu verwenden. Darüber hinaus haben die Fraktionen eine schriftliche Information dazu erhalten.

Aus vorgenannten Gründen sei der Betrag in Höhe von 1,6 Mio. € entsprechend der Intention der Ausschussmitglieder nicht mehr in der Vorlage aufgeführt.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort nicht zufrieden und stellte nachfolgenden Änderungsantrag:

Der Ausgabenansatz in der Haushaltsstelle 1.4640.718000 Kindertageseinrichtungen/Zuschüsse an übrige Bereiche wird um 1.666.400 € auf 28.745.900 € erhöht.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., widersprach den Ausführungen der Verwaltung ausdrücklich und stellte den Beratungsverlauf im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften aus seiner Sicht dar. Die Nachfragen seiner Fraktion im Zusammenhang mit der Einbringung eines Antrages dazu, wurden seitens der Verwaltung nicht zufrieden stellend beantwortet. Man habe sich darauf verständigt, dass die Verwaltung in der Hauptausschusssitzung am 21.04.2010 ausführlich diese Fragen beantworte und seine Fraktion bis dahin den Antrag zurückstelle.

In Anbetracht dessen könne die Verwaltung den Betrag in Höhe von 1,6 Mio. € nicht streichen, da dies weder im Jugendhilfeausschuss noch im Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschlossen wurde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, nahm folgende Modifizierung des Änderungsantrages seiner Fraktion zur Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze vor:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

In der Haushaltsstelle 1.6300.511000 - Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze - wird der Ansatz um 1 Mio. Euro auf ~~3.800.700 Euro~~ erhöht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und Vorlagen.

zu 5.2.8 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Haushaltsplanentwurf 2010 - hier HH-Stelle 1.4640.718000 Vorlage: V/2010/08847

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausgabenansatz in der Haushaltsstelle 1.4640.718000 Kindertageseinrichtungen/Zuschüsse an übrige Bereiche wird um 1.666.400 € auf 28.745.900 € erhöht.

- zu 5.2.5 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage 'Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008' zur Veränderung der Kostenstelle 4820 (Vorl.-Nr.: V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08840

Beschlussvorschlag:

Im Unterabschnitt 4820 wird die Kostenstelle 691000 – Leistungsbeteiligung Unterkunft/Heizung § 22 I SGB II auf 73.630.000,00 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

- zu 5.2.3 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren**
Vorlage: V/2010/08771

Beschlussvorschlag:

*Der Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren (Einzelplan 1, Unterabschnitt 1310) wird um 16.300 Euro auf das Vorjahresniveau von 348.100 Euro im Zuschussbedarf erhöht.
Der Haushaltsansatz des Katastrophenschutzes (Einzelplan 1, Unterabschnitt 1400) wird um 6.100 Euro auf das Vorjahresniveau von 291.800 Euro im Zuschussbedarf erhöht.*

Abstimmungsergebnis: **erledigt
von Verwaltung übernommen**

- zu 5.2.6 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze**
Vorlage: V/2010/08845

modifizierter Beschlussvorschlag:

In der Haushaltsstelle 1.6300.511000 – Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze – wird der Ansatz um 1 Mio. Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

- zu 5.2.7 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Zuschuss an Eigenbetrieb**
Vorlage: V/2010/08846

Beschlussvorschlag:

In der Haushaltsstelle 1.8430.715000 – Zuschuss an Eigenbetrieb – wird der Ansatz um 1 Mio. Euro auf 1.000.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt
21 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen

- zu 5.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08809

Beschlussvorschlag:

Im Unterabschnitt 7300 - Wochenmärkte, Weihnachtsmärkte - wird der Ansatz der Einnahmen in der Haushaltsstelle 1.7300.110100 – Marktgebühren – von 471.100 € auf 400.000,00 € gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

- zu 5.2.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)**
Vorlage: V/2010/08808

Beschlussvorschlag:

Im Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen - wird der Ansatz der Einnahmen in der Haushaltsstelle 1.6300.110000 - Sondernutzungsgebühren - von 600.000,00 € auf 500.000,00 € gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

zu 5.2.4 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2010 - Mehrausgaben Schülerspeisung Halle-Pass**
Vorlage: V/2010/08766

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Ausgabenansatz in der Haushaltsstelle 1.4980.788200 Sonstige Angelegenheiten – Halle-Pass / Ermäßigung Schülerspeisung wird um 390.000 € auf 612.000 € erhöht. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch eine Minderausgabe in der Haushaltsstelle 1.4820.691000 Grundsicherung nach SGB II / Leistungsbeteiligung Unterkunft/Heizung nach § 22 SGB II in Höhe von 230.000 € und eine Mehreinnahme in der Haushaltstelle 1.8800.140400 in Höhe von 160.000 €.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

zu **Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes**
Vorlage: V/2010/08813

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Haushaltskonsolidierungskonzept fortzuschreiben und bis zur Sitzung am 23. Juni 2010 dem Stadtrat vorzulegen.

zu 5.2 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008**
Vorlage: V/2009/08484

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
21 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
19 Enthaltungen

Beschluss (in modifizierter Form/Haushaltsplan):

1. **Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2010, den Haushaltsplan 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.**
2. **Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2008 zur Kenntnis.**

Anmerkung:

Folgender Beschluss des Änderungsantrages der Stadträtin Inés Brock wird in den Haushaltsplan eingearbeitet:

Der Ausgabenansatz in der Haushaltsstelle 1.4640.718000 Kindertageseinrichtungen/ Zuschüsse an übrige Bereiche wird um 1.666.400 € auf 28.745.900 € erhöht.

Der Stadtrat legte eine Pause von 34 Minuten ein.

zu 5.3 Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien Vorlage: V/2010/08806

Herr Kogge, Beigeordneter für Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Gründe für die Einbringung der Vorlage und die daraus resultierenden Änderungen des Stadtratsbeschlusses vom 27.01.2010 zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14. Die vorliegende Vorlage beziehe sich lediglich auf eine Änderung der Rechtsgrundlage, dass das Auswahlverfahren nach einer Verordnung und nicht mehr aufgrund einer Empfehlung des Landes durchzuführen sei.

Anschließend informierte **Herr Beigeordneter Kogge** über die Änderungen gegenüber dem bisherigen Losverfahren. Entsprechend der Verordnung des Landes wurde bei Überschreitung der Aufnahmekapazitäten eine Gleichbehandlung nach dem Zufallsprinzip durch Losverfahren als sachgerechtes Kriterium vorgesehen und nicht die vorrangige Berücksichtigung von Geschwisterkindern. Diese werden nicht mehr als besondere Härtefälle eingestuft. An einem Beispiel stellte **Herr Beigeordneter Kogge** dar, weshalb eine Geschwisterkindregelung die Chancen der übrigen Bewerber ohne sachgerechten Grund verringern würde.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob die Umsetzung des Beschlusspunktes 2 der Vorlage erst ab dem Schuljahr 2011/2012 rechtlich möglich sei. Dies begründete sie damit, dass Eltern aufgrund des Stadtratsbeschlusses von 27.01.2010 ihre Kinder in den Schulen angemeldet und auf die Geschwisterregelung vertraut haben. Sollte der Vorlage in der vorliegenden Fassung zugestimmt werden, wären die Familien infolge der nicht berücksichtigten Geschwisterregelung benachteiligt, da die Auswahlverfahren bereits stattfinden und eine Anmeldung in anderen Schulen nicht mehr möglich wäre.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass er den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge nicht zustimmen könne und begründete dies anhand des § 4 (5) der Verordnung:

„Ein Auswahlverfahren durch den Schulträger wird notwendig, wenn sich an der Schule mehr Schülerinnen und Schüler angemeldet haben, als im Rahmen der festgelegten Kapazität aufgenommen werden können. Die Auswahl der Schülerinnen und Schüler, die an der Schule aufgenommen werden, kann in einem Losverfahren erfolgen.“

Damit sei in keiner Art und Weise festgelegt, in welcher Form und mit welchen Einschränkungen ein Losverfahren stattfinden könne.

Weiterhin merkte **Herr Wolter** an, dass der von der Verwaltung beigefügte Kommentar vor der Erklärung der Einzelfallregelung abschließe. Diese wäre seines Erachtens allerdings für die Stadträte durchaus interessant gewesen.

Darüber hinaus brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass er die Auffassung von Frau Dr. Bergner teile, dass aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 27.01.2010 für die Eltern eine Rechtssicherheit der Geschwisterregelung bestehe. Zudem haben Familien in der vergangenen Woche ein Schreiben des Amtsleiters des Schulverwaltungsamtes erhalten mit der Bitte um Angabe der Geschwisterkinder. Demzufolge bestünde die Möglichkeit, dass aufgrund dieses Schreibens Kinder durch ihre Eltern nicht an Profilymnasien angemeldet wurden, sondern an einem Gymnasium mit Auswahlverfahren, da dort bereits ein Geschwisterkind die Schule besuche.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Wolter**, ob bei Zustimmung zur Vorlage, nach der die Geschwisterregelung nicht mehr berücksichtigt werde, eine Rechtssicherheit gegeben sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Regelungen des Anmeldeverfahrens auf Grundlage des entsprechenden Runderlasses. Demnach seien, wie in der Einwohnerfragestunde durch die Bürgerin dargestellt, einzelne Termine zum Anmeldeverfahren bereits abgelaufen.

Hinsichtlich der Frage zur Rechtssicherheit für die Eltern entgegnete **Herr Beigeordneter Kogge**, dass die Eltern auf allen Wegen über die bestehende Situation informiert wurden. Durch die am 20.04.2010 in Kraft getretene Verordnung des Landes sei eine andere Rechtsgrundlage für die Durchführung des Auswahlverfahrens an Gymnasien vorhanden. Nach dieser müsse die Stadt Halle verfahren. Im Falle von Beschwerden werde im Einzelfall eine rechtliche Prüfung erfolgen und eine Lösung gefunden.

Herr Beigeordneter Kogge wies darauf hin, dass mit der Verordnung eine Chancengleichheit gegeben sei und demzufolge das Risiko von Klagen bei der Durchführung des Auswahlverfahrens nach der bisherigen Regelung höher wäre.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde und die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge zum Klagerisiko nicht teile.

Des Weiteren wurde den Eltern seitens der Verwaltung immer wieder suggeriert, dass ihre Kinder an der Schule der Geschwister aufgenommen werden. Ebenso könne er nicht nachvollziehen, dass Mehrlingskinder aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes unter Umständen verschiedene Schulen besuchen müssen.

Herr Häder brachte zum Ausdruck, dass dies kein faires und transparentes Verfahren sei und seines Erachtens die Situation auf dem Rücken der Eltern und Kinder ausgetragen werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte nochmals das Auswahlverfahren. Anschließend erinnerte er daran, dass der Stadtrat den Vorschlag der Verwaltung zur Einrichtung von Schulbezirken abgelehnt habe. Daraufhin habe man das Losverfahren eingeführt.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Häder zu den Mehrlingskindern teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass bei diesen jedes Kind ein Los erhalte. Sollte nur eines davon gezogen werden, seien die anderen zwangsläufig ebenfalls auf dieser Schule.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, wo dies explizit aufgeführt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass er die Information nachreichen werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner im Wesentlichen an und merkte an, dass seitens der Verwaltung unterschiedliche Begründungen gegen die Aufnahme der Geschwisterregelung angezeigt wurden. Während in der Einwohnerfragestunde fachliche Gründe angegeben wurden, werden jetzt formale Gründe angeführt.

In der Begründung der Vorlage, so **Herr Paulsen** weiter, sei ausgeführt, dass die Auswahl unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes nach sachgerechten Kriterien erfolgen müsse. Er wies darauf hin, dass die Mitglieder des Bildungsausschusses sich darüber einig waren, dass die Geschwisterregelung ein sachgerechtes Kriterium sei.

Darüber hinaus wäre es seines Erachtens möglich, mit der Rechtsverordnung das Auswahlverfahren eigenständig zu regeln. In Anbetracht dessen könne die Geschwisterregelung aufgenommen werden. Dies begründe sich auch darin, dass Mehrlingskinder eine größere Chance haben als andere Geschwisterkinder. Hier müsse eine Gleichbehandlung erfolgen.

Herr Paulsen gab bekannt, dass die Diskussion zu dieser Thematik weder zielführend noch nachvollziehbar sei und verwies infolge dessen die Vorlage namens der Fraktion in den Bildungsausschuss.

Daraufhin bat **Herr Kley, FDP-Fraktion**, um eine Unterbrechung der Sitzung sowie um eine Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden und der Oberbürgermeisterin zu dieser Thematik.

Der Stadtrat nahm eine Auszeit von 5 Minuten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass durch die Verweisung der Vorlage in den Bildungsausschuss der Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010, der die Geschwisterregelung beinhaltet, weiterhin Gültigkeit habe. Auf dieser Grundlage werde die Verwaltung das Losverfahren für das kommende Schuljahr durchführen.

Die Stadtratsmitglieder erklärten sich damit einverstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Bezugsbeschluss:

Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (VL-Nr. V/2009/08287) Beschluss des Stadtrates vom 27.1.2010

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 1, Ziff. 2 der Zweiten VO zur Änderung der VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. LSA Nr. 10/2010 S. 195 vom 20.4.2010) beschließt der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in Ergänzung seiner Beschlussfassung vom 27.1.2010 folgende Aufnahmekapazitäten für die allgemeinbildenden Gymnasien und Gesamtschulen:

Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“	4 Klassen/112 Schüler
J.-G.-Herder-Gymnasium	3 Klassen/84 Schüler ¹⁾
Gymnasium Südstadt	4 Klassen/112 Schüler
Chr.-Wolff-Gymnasium	4 Klassen/112 Schüler
IGS	5 Klassen/140 Schüler
KGS „Ulrich von Hutten“ - Sekundarschulteil	2 Klassen/56 Schüler ²⁾
KGS „Ulrich von Hutten“ - Gymnasialteil	2 Klassen/56 Schüler ²⁾
KGS „Wilhelm von Humboldt“ - Sekundarschulteil	4 Klassen/112 Schüler
KGS „Wilhelm von Humboldt“ - Gymnasialteil	2 Klassen/56 Schüler

¹⁾ Die Aufnahme am J.-G.-Herder-Gymnasium erfolgt alternierend. Im geraden Jahr, beginnend ab 2010/11 werden 3 Klassen und im ungeraden Jahr, beginnend ab 2011/12 4 Klassen aufgenommen.

²⁾ Unter Berücksichtigung § 1, Ziff. 1 der 2. VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. Nr. 10/2010, S. 195 v. 20.4.2010)

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Änderung des Stadtratsbeschlusses Nr. V/2009/08287 – Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 1013/14: Im Beschlusspunkt 2., Buchstabe c wird der Abschnitt aa) Aufnahme von Geschwisterkindern gestrichen.
3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt gemäß der Zweiten VO zur Änderung der VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. Nr. 10/2010, S. 195 v. 20.4.2010), die durch die Oberbürgermeisterin erlassene Verwaltungsvorschrift der Stadt Halle (Saale) zum Auswahlverfahren zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang der Gymnasien der Stadt Halle (Saale) zum Schuljahr 2010/11 und den nachfolgenden Schuljahren zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den

Bildungsausschuss

verwiesen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat aufgrund des § 12 (2) der Geschäftsordnung:

„Nach 22 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen...“

um Klärung der Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug in Abstimmung mit der Verwaltung vor, folgende Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung zu belassen:

- TOP 5.5 Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm"
Vorlage: V/2010/08649
- TOP 5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2010/08752
- TOP 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)
Vorlage: V/2010/08832
- TOP 5.8 Baubeschluss Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd)
- Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG -
Vorlage: V/2010/08577
- TOP 9.1. Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Alle anderen Tagesordnungspunkte würden auf die Stadtratssitzung am 26. Mai 2010 vertagt und beraten werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug vor, ebenso den TOP 7.1

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Entsendung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08791

zu behandeln, da es hier um die Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes ginge.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung nachfolgende geänderte Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.03.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.03.2010 gefassten Beschlüsse

- 5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Teilnahme am Programm der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Teilentschuldung der kommunalen Finanzhaushalte (Sachsen-Anhalt STARK II)
Vorlage: V/2010/08736
 - 7.3 Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule
Vorlage: V/2010/08657
 - 7.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08733
 - 7.3.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag kostenloses Mittagessen der SPD-Fraktion (V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08839
 - 7.3.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08842
 - 7.3.4 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: V/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08848 während der Sitzung gestellt
 - 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Vorlage: V/2009/08484
 - 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08809
 - 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008" (V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08808
 - 5.2.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: V/2010/08771
 - 5.2.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2010 - Mehrausgaben Schülerspeisung Halle-Pass
Vorlage: V/2010/08766
 - 5.2.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage 'Haushaltssatzung und

Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008' zur Veränderung der Kostenstelle 4820 (Vorl.-Nr.: V/2009/08484)
Vorlage: V/2010/08840

5.2.6 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze
Vorlage: V/2010/08845

5.2.7 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das HH-Jahr 2010" - hier: Zuschuss an Eigenbetrieb
Vorlage: V/2010/08846

5.2.8 Änderungsantrag der Stadträtin Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Haushaltsplanentwurf 2010 - hier HH-Stelle 1.4640.718000
Vorlage: V/2010/08847

Umsetzung des HH-Konsolidierungskonzeptes
Vorlage: V/2010/08813

5.3 Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien
Vorlage: V/2010/08806

5.5 Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm"
Vorlage: V/2010/08649

5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2010/08752

5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)
Vorlage: V/2010/08832

5.8 Baubeschluss Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd)
- Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG -
Vorlage: V/2010/08577

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Entsendung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08791

9. Mitteilungen

9.1. Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

- zu 5.5 Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm"**
Vorlage: V/2010/08649
-

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, mit den im Rahmen der o. g. Richtlinie zur Verfügung gestellten Bundesmittel Investitionen der in Anlage 1 aufgeführten Einrichtungen zu fördern.

- zu 5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft**
Vorlage: V/2010/08752

- zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)**
Vorlage: V/2010/08832
-

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Satzung des Halleschen Salinemuseum e. V., an den das Technische Halloren- und Salinemuseum übertragen werden soll. In der Satzung wäre die Mitgliedschaft ganzer Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen, die damit weder an der Gestaltung des Technischen Salinemuseums noch an der Entwicklung des Salineensembles mitwirken können. Mitglied könne nur werden, wer Mitglied der Brüderschaft oder des Freundschaftskreises der Brüderschaft sei. Dies wäre seines Erachtens nicht sinnvoll.

Darüber hinaus halte seine Fraktion die Übertragung für bedenklich unterfinanziert und man habe erwartet, dass in der Vereinbarung eine Mindestanzahl von Öffnungszeiten und -tagen aufgeführt sei.

In Anbetracht dessen forderte **Herr Schramm** namens seiner Fraktion die Verwaltung auf, die Vorlage zurückzuziehen. Anderenfalls würde seine Fraktion gegen diese stimmen.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde. Dem Änderungsantrag könne seine Fraktion aufgrund dessen nicht zustimmen, da bei einer solchen Öffnung der Mitgliedschaft die Gefahr bestünde, dass eine Mehrheit sich durchsetzen könnte, die den Halloren nicht angehöre. Dies sei aber nicht Intention der Übertragung.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte, dass er der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen könne. Hinsichtlich des Änderungsantrages brachte er zum Ausdruck, dass den Institutionen die Kriterien einer Mitgliedschaft nicht vorgeschrieben werden können. Zudem haben die Halloren über mehrere 100 Jahre eine positive Wirkung für die Stadt Halle erzielt.

Ein solches Verfahren der Übertragung sei auch in anderen Gesellschaften, z. B. in GmbH, üblich. Dort erfolge bei Aufgabenübertragungen vorab ebenfalls keine Prüfung des Gesellschafters und der Mitgesellschafter.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Sie sei ursprünglich davon ausgegangen, dass der Verein gegründet wurde, um einen Personenkreis einzubinden, der nicht den Kriterien der Brüderschaft oder des Freundeskreises entspreche.

Ihres Erachtens haben der Stadtrat und die Stadtverwaltung als übertragende Institution das Recht, bestimmte Bedingungen für ein Objekt des gemeinen Interesses zu formulieren. Eine solche wichtige Trägerschaft könne nicht in einen Verein gegeben werden, der bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschliesse.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schloss sich den Ausführungen von Frau Brock an und konnte dem Änderungsantrag als Kompromissvorschlag zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte an die Tradition der Halloren. Aus diesem Grund wären sie geeignete Betreiber für das Technische Halloren- und Salinemuseum. Sie sei davon überzeugt, dass die Halloren und der Freundeskreis sich mit großem Interesse und Vehemenz dieser Sache widmen werden.

Bezüglich des Änderungsantrages schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, diesen als Anregung aufzunehmen. Dann könne sie auf der Basis einer Bitte mit den Halloren und dem Freundeskreis darüber verhandeln und möglicherweise einen Kompromiss erzielen. Aufgrund der über Jahrhunderte alten Tradition sollte sich der Stadtrat nicht anmaßen, eine Satzungsänderung vorzuschreiben.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, konnte den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados nicht zustimmen. Das Museum werde nicht an die Halloren, sondern an einen extra dafür gegründeten Verein übertragen. Die Satzung des Vereins sei teilweise diskriminierend und nicht mehr zeitgemäß. Dies könne durch den Stadtrat nicht unterstützt werden.

Weiterhin brachte **Herr Häder** zum Ausdruck, dass er die Auffassung von Herrn Dr. Fikentscher nicht teile. Der Verein habe entsprechend seiner Satzung einen bestimmten Zweck zu erfüllen. Sollte sich ein Mitglied nicht satzungsgemäß verhalten, könne dieses ausgeschlossen werden.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass seines Erachtens der Verein mit der Betreuung überfordert wäre und begründete dies anhand der im Leistungsvertrag aufgeführten Leistungsbeschreibung. Die dargestellten Leistungen orientieren sich an den Standards und Empfehlungen des Deutschen Museumsbundes. Hier müssen der Stadtrat und die Stadtverwaltung den Verein unterstützen und Hilfe in inhaltlicher und fachlicher Sicht anbieten. Darüber hinaus müssen die baulichen Maßnahmen schnellstmöglich durchgeführt werden. Anderenfalls werde dieses Areal zu einem Dauerproblem.

Herr Dr. Köck plädierte dafür, in der heutigen Sitzung keine Abstimmung über die Vorlage vorzunehmen, sondern vorerst nochmals in den Ausschüssen über die Inhalte der Übertragung zu beraten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Köck zu und machte deutlich, dass das Salineensemble eines der zentralen Identitätsobjekte in der Stadt Halle sei. Die Stadt Halle sei unmittelbar mit dem Salz verknüpft und damit auch die Stadtgeschichte.

Die Übertragung müsse ausreichend geprüft werden, um nicht wie bei der Eissporthalle und dem Areal Wittekind in ähnliche Probleme zu geraten. Aus diesem Grund sollte die Verwaltung die Vorlage zurückziehen, um in den Ausschüssen über die Ausgestaltung des Finanzplanes hinreichend diskutieren zu können. Zudem könne in dem Zusammenhang mit dem Verein über eine mögliche Satzungsänderung beraten werden.

Infolge dessen stellte **Herr Lange** den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Vorlage und des Änderungsantrages in den Kulturausschuss sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass er über die Verweisung abstimmen lassen werde, da eine Vorberatung in den Fachausschüssen bereits stattgefunden habe und somit kein Automatismus der Verweisung bestünde.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Lange auf Verweisung.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

zu 5.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft" (Vorlagen-Nummer: V/2010/08752)
Vorlage: V/2010/08832**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

*Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin zu ermächtigen, das Technische Halloren- und Salinemuseum zum 1.07.2010 an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. **unter der Bedingung** zu übertragen, **dass die Voraussetzungen, die an eine Mitgliedschaft im o.g. Verein geknüpft sind, dahingehend erweitert werden, dass auch Nichtmitglieder der Salzwirker-Brüderschaft und dessen Freundeskreises dem Verein beitreten können. Die Vereinssatzung soll bis zum 1.09.2010 dahingehend überarbeitet und dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden.***

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den

**Kulturausschuss und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

verwiesen.

**zu 5.6 Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und
Salinemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2010/08752**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, dass Technische Halloren- und Salinemuseum zum 1.07.2010 an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den

**Kulturausschuss und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

verwiesen.

**zu 5.8 Baubeschluss Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd)
- Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG -
Vorlage: V/2010/08577**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Baumaßnahme der Stadt Halle (Saale) zum Ausbau/Umgestaltung der Beesener Straße (Süd) zwischen Einmündung Melanchthonstraße und einschließlich des Knotens Beesener Straße, Huttenstraße, Elsa-Brändström-Straße, Robert-Koch-Straße als Komplexmaßnahme mit der HAVAG und den Versorgungsunternehmen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Entsendung eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08791**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) bestellt Herrn Klaus Hopfgarten gemäß § 9 Abs. 3 des Gesellschaftervertrages der Zoologischer Garten Halle GmbH in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die Bestellung gegenüber der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH schriftlich anzuzeigen.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 10. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin